

SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Rastede

Stellungnahme zum TOP 5 – Neubau einer Milchviehanlage

Der Antragsteller beabsichtigte ursprünglich, einen Milchviehstall für 918 Tierplätze zu bauen. Wir, die SPD-Fraktion hatten in der Bauausschusssitzung am 08.07.2013, also morgen vor einem Jahr, einer Einvernehmenserteilung nicht zugestimmt - wie auch alle anderen Ratsfraktionen ihr Einvernehmen versagt haben. Der Antrag wurde daraufhin zurückgezogen.

Nunmehr liegt ein erneuter Antrag vor. Es soll jetzt ein Milchviehstall mit 592 Tierplätzen zuzüglich Plätze für ca. 40 Kälber errichtet werden. Das ganze Vorhaben ist also reduziert worden. Auch hat sich die Lage des geplanten Gebäudes um 200 m Richtung Osten verschoben.

Es stellt sich jetzt die Frage: erteilt die Gemeinde heute das Einvernehmen?

Der Antrag wurde von der zuständigen Genehmigungsbehörde Landkreis Ammeland an die Gemeinde Rastede weitergeleitet mit der Bitte, das Einvernehmen herzustellen. Der Antrag ging hier am 12.05. ein. Wir haben 2 Monate Zeit. Die Gemeinde hat die Unterlagen geprüft und zusätzlich durch Fachgutachter prüfen lassen. Das Ergebnis liegt uns heute vor. Die Verwaltung empfiehlt, das Einvernehmen unter Bedingungen zu erteilen.

Wollen wir das auch? Ich spreche jetzt im Namen der Rasteder SPD-Fraktion und möchte gerne unsere Auffassung hierzu darstellen.

Nach alledem was wir gerade gehört haben, könnte man durchaus fordern, dass wir die ganze Angelegenheit nochmals verschieben, denn es sind unseres Erachtens noch nicht alle Fakten auf dem Tisch. Es stellen sich durchaus noch Fragen. Nicht umsonst schlägt die Verwaltung ja eine Einvernehmenserteilung unter Bedingungen vor. Aber wir als SPD wollen heute eine endgültige Entscheidung.

Die Genehmigung des beantragten Milchviehstalls erfolgt auf der Grundlage des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) und der hierzu erlassenen 4. Verordnung, weil er über mehr als 600 Rinderplätze verfügen soll. Das Ganze geschieht in einem sog. einfachen Verfahren.

Eine Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz umfasst durch ihre Konzentrationswirkung nach § 13 BImSchG u. a. auch die Baugenehmigung. Deshalb sind auch die Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) einschlägig.

Die ganze Angelegenheit spielt sich somit im Verwaltungsrecht ab.

Weshalb sage ich das? Weil der Begriff ‚Einvernehmen‘ in den drei Rechtsgebieten Zivilrecht, Strafrecht und Verwaltungsrecht von unterschiedlicher Bedeutung ist.

Im Verwaltungsrecht bedeutet Einvernehmen, dass vor einem Rechtsakt (sprich der Erteilung einer Genehmigung) das **Einverständnis** einer anderen Stelle - z. B. wie hier der Gemeinde Rastede - vorliegen muss. Wir müssen also einverstanden sein.

Sind wir das? Sind wir damit einverstanden, dass der große Stall in Kleibrok erstellt und betrieben wird?

Wir sagen Nein, wir sind nicht damit einverstanden. Wir werden unser Einvernehmen nicht erteilen.

Warum?

Ich werde jetzt nicht auf eventuelle Immissionen oder auf die Verkehrssituation eingehen, nicht auf die Tatsache, dass der Wald durch Ammoniak geschädigt wird und deshalb eine Kompensation stattfinden muss - für Menschen scheint das ja nicht zu gelten. Ich möchte gar nicht auf die rechtlichen Gegebenheiten eingehen. Die derzeitige Rechtslage, wie ich sie aus der Vorlage und den Ausführungen der Verwaltung und der Fachplaner entnehmen kann, wird voraussichtlich für eine Genehmigung sprechen – obwohl ja noch einiges aussteht, um das abschließend beurteilen zu können.

Aber eins kann ich Ihnen sagen: wir wollen keine Süddoldenburger Verhältnisse. Dort mag ja vielleicht alles nach Recht und Gesetz gelaufen sein. Aber es findet nicht unsere Zustimmung und auch nicht die Zustimmung vieler Bürgerinnen und Bürger. Dort läuft u. E. vieles aus dem Ruder. Deshalb: wehret den Anfängen.

Wir wollen keine Massentierställe in Rastede. Wir wollen eine bäuerliche Landwirtschaft mit Weidehaltung. Dies auch zum Schutze anderer Landwirte, die durch solche Großbetriebe in ihrer Existenz gefährdet sind.

Und ein weiterer Aspekt:

Es ist richtig, die geplante Anlage liegt im Außenbereich nach § 35 BauGB. Sie befindet sich jedoch unmittelbar am Ortsrand von Rastede und damit in direkter Nähe zu beplanten Gebieten. Die Anlage würde – wenn man aus der Wesermarsch kommt – den Eingang unseres Residenzortes darstellen. Dies halten wir für falsch.

Wir haben auf der einen Seite mit dem Zollhaus ein sehr gutes Wellness- und Tagungshotel und lassen es zu, dass auf der anderen Straßenseite ein Massentierstall gebaut wird. Das passt nicht.

Wir waren uns alle einig, die Marke ‚Residenzort‘ mit Leben zu füllen und damit auch den Tourismus in Rastede zu stärken. Dem widerspricht aber das geplante Vorhaben. Wir haben sogar vor gar nicht allzu langer Zeit - es war am 11. Dezember 2012 – im Rat einstimmig die 53. F-Plan-Änderung und den BPlan Nr. 95 beschlossen. Damit hat das Zollhaus eine Erweiterungsmöglichkeit. Und ich kann uns alle noch zitieren – so steht es im genehmigten Protokoll von damals: Frau Lamers war erfreut darüber, dass durch die Änderung des FPlanes und der Aufstellung des BPlanes einem hochwertigen gastronomischen Unternehmen die Möglichkeit eröffnet wird, eine sinnvolle Erweiterung vorzunehmen, die sich hervorragend in das Leitbild Residenzort Rastede integriert und das touristische Standbein im Ort nachhaltig stärkt. Ich selber begrüßte seinerzeit, dass mit der Verabschiedung der Bauleitpläne das touristische Angebot in Rastede um eine hochwertige Gastronomie bedarfsgerecht ergänzt und somit ein positives Zeichen

zur Stärkung des Fremdenverkehrs gesetzt werden kann. Herr Langhorst begrüßte die Planung ebenfalls, wies aber auf eventuelle Konflikte hin.

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir wollen alle den sanften Tourismus in Rastede und dürfen deshalb nicht das Einvernehmen für eine große Stallanlage an fast gleicher Stelle erteilen.

Wäre für den geplanten landwirtschaftlichen Betrieb eine Bauleitplanung erforderlich, dann hätten wir uns wahrscheinlich alle dagegen ausgesprochen. Kein Riesenstall an dieser Stelle, schon weil sich die Wohnbebauung im Nahbereich befindet, auch wenn dies rechtlich in Ordnung sein sollte.

Meine Damen und Herren, Sie mögen mir entgegenhalten wollen, dass wir das Einvernehmen nur aus den in § 36 II BauGB genannten Gründen verweigern können. § 36 II verweist auf § 35 und dort wird festgestellt, dass öffentliche Belange dem Vorhaben nicht entgegenstehen dürfen. Wir sind fest davon überzeugt, dass unsere Argumentation reicht, um ein Einvernehmen zu verweigern. Sollte dies an anderer Stelle anders gesehen werden, so soll dort doch das Einvernehmen hergestellt werden. Wir jedenfalls werden es nicht erteilen. Auch nicht unter Bedingungen – was rechtlich ohnehin fragwürdig ist - und deshalb stimmen wir der Vorlage der Verwaltung nicht zu.

Wir werden uns im Übrigen auf Landes- und auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die einschlägigen Normen eine Veränderung erfahren. Es zeigt sich immer mehr, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger keine Großställe will. Die Gesetzeslage muss den Bedürfnissen der Menschen angepasst werden. Die Landwirtschaft kann und darf sich nicht von der gesellschaftlichen Entwicklung abkoppeln.

Noch einmal: wir wollen keine Südoldenburger Verhältnisse. Wir wollen einen Rasteder Residenzort, der seinem Namen alle Ehre gereicht.

Danke für die Aufmerksamkeit.

Rastede, 07.07.2014

Rüdiger Kramer
(Fraktionsvorsitzender)

(Es gilt das gesprochene Wort)